



Alles kommt auf den Prüfstand

Anfang Februar hat der Landtag über die Folgen der neuen Schuldenbremse im Grundgesetz diskutiert. Auch wenn die amtierende Landesregierung ihre Giftliste weiter unter Verschluss hält, zeichnet sich bereits heute ab, dass es nach der Landtagswahl im Mai zu massiven Einschnitten im gesamten öffentlichen Dienst kommen wird. Egal, wie die Regierungskoalition dann aussieht.

Dass es dazu kommen wird, hat zwei Ursachen: Zum einen sind die Einschnitte eine unmittelbare Folge der noch lange nicht überwundenen Banken- und Wirtschaftskrise. 3,6 Milliarden Euro hat das Land NRW allein im vergangenen Jahr weniger an Steuern eingenommen. Ein Minus von 8,7 Prozent. Trotz gleichzeitig gestiegener Ausgaben, zum Beispiel für die Rettung der maroden WestLB und für die diversen, von Bund und Land aufgelegten Konjunkturprogramme. Kein Wunder also, dass Finanzminister Helmut Linssen (CDU) die Nettokreditaufnahme des Landes in diesem Jahr sogar noch ausweiten will. Um 6,9 Milliarden Euro soll 2010 die Verschuldung des Landes steigen. Doch mit der wachsenden Staatsverschuldung, und das ist die zweite Ursache, soll bald Schluss sein. Denn bis 2020 muss das Land wegen der vom Bundestag beschlossenen Schuldenbremse Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht haben.

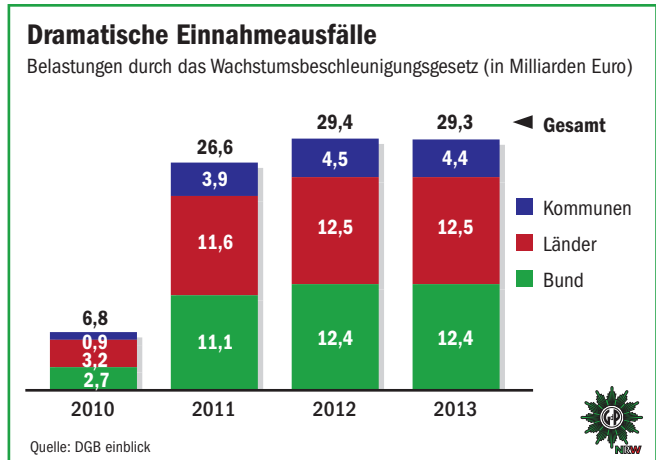
Fünf Milliarden Euro muss die Landesregierung deshalb in Zukunft jedes Jahr sparen. Keine kleine Summe angesichts eines Haushaltsvolumens von 53 Milliarden Euro. Weil ein Teil der Ausgaben aber weiter steigen wird, zum Beispiel wegen der zunehmenden Pensionskosten für die einstellungstarken Jahrgänge, die jetzt in Ruhestand gehen, muss das Land in anderen Bereichen sogar noch mehr sparen, als die ohnehin schon notwendigen zehn Prozent. In seinem Finanzbericht fordert Finanzminister Linssen deshalb, dass die Ausgaben des Landes in den kommenden Jahren weniger stark steigen, als die Einnahmen. Konkret fordert er, dass die Ausgaben bei einem geschätzten Einnahmeplus von 2,5 Prozent pro Jahr nur um 1,02 Prozent steigen sollen. Ein Ziel, das ohne massive Einschnitte in den öffentlichen Dienst nicht zu erreichen ist.

Hinzu kommt die desolante Lage der meisten Kommunen, an deren Entstehung das Land einen erheblichen Anteil hat. In den meisten größeren Städten in NRW ist die Lage inzwischen so dramatisch, dass sie unter der Finanzaufsicht des Landes stehen und nur noch unabweisbare Pflichtaufgaben wahrnehmen können. Die bisherige Praxis, immer mehr Aufgaben vom Bund und vom Land auf die Kommunen zu verlagern, ohne ihnen das dafür notwendige Geld zur Verfügung zu stellen, geht deshalb nicht mehr auf. Genauso unrealistisch ist die Vorstellung, dass sich das Haushaltsloch des Landes bei einem Wirtschaftsaufschwung quasi von selbst auflösen wird.

20 Milliarden Euro kostet Bund, Länder und Kommunen allein das im vergangenen Jahr von der Bundesregierung beschlossene Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz. 12,5 Milliarden davon entfallen auf die Länder (Grafik). Allein um den dadurch entstandenen Steuerausfall ausgleichen zu können, müsste das Wirtschaftswachstum auf 4,5 Prozent steigen. Eine vollkommen unrealistische Vorstellung. Hinzu kommen weitere 20 Milliarden Euro, um die nach dem Willen der FDP Unternehmen und gut verdienende Privathaushalte in Zukunft entlastet werden sollen.

Welche Folgen die dramatische Haushaltslage des Landes auf die Polizei haben wird, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt trotzdem nicht seriös voraussagen. Sicher ist heute dagegen schon eins: Nach der Landtagswahl am 9. Mai werden alle Ausgaben des öffentlichen Dienstes auf den Prüfstand kommen. Auch die Personalausgaben.

Wie tief dabei die Einschnitte für die Polizei ausfallen werden, wird vor allem von zwei Faktoren abhängen: Zum einen von der konkreten Ausgestaltung der von der CDU/FDP-Koalition bereits für die neue Legislaturperiode angekündigten großen Dienstrechtsreform. Denn bislang ist das Dienstrecht in NRW trotz Föderalismusreform nur formal, nicht aber in-



Dreißig Milliarden Euro Steuerausfälle müssen Bund, Länder und Kommunen in Zukunft wegen des von der Bundesregierung im vergangenen Jahr beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes verkraften. Würde sich die FDP mit ihrer Forderung nach einer weiteren Steuersenkung durchsetzen, kämen auf das Land weitere, nicht zu finanzierende Steuerausfälle zu.

haltlich an das Landesrecht angepasst worden. In Zukunft aber wird jedes Bundesland über die Besoldung und Versorgung seiner Beamten selbst entscheiden, denn das war der Sinn dieser Reform. Die Länder wollen sparen – auf Kosten der Beschäftigten und der Kommunen.

Zum zweiten ist bislang nicht entschieden, wie viel Polizisten in NRW neu einge-



Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten

Als die Schuldenbremse ins Grundgesetz gekommen ist, gab es in Berlin noch die Große Koalition. Wer wissen wollte, welche Zumutungen in den kommenden Jahren auf die Bürgerinnen und Bürger und auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zukommen werden, hätte es schon damals wissen können. Aber eine öffentliche Diskussion über die Frage, wie viel Staat wir uns leisten wollen, hat es damals nicht gegeben. Es gibt sie bis heute nicht.

Dabei ist nichts überfälliger als eine Diskussion über die Frage, wie viel Staat wir uns leisten wollen. Und über die Frage, wie wir ihn solidarisch finanzieren können. Denn nur reiche Bürger können sich einen armen Staat leisten. Sie können einfach wegziehen, wenn ganze Stadtteile zu verslumen drohen. Sie können ihre Kinder in teure Privatschulen schicken, wenn das öffentliche Bildungssystem zusammenbricht. Sie können privat fürs Alter vorsorgen, wenn Renten und Pensionszahlungen massiv gekürzt werden. Alle anderen können das nicht. Auch die Polizeibeamten nicht.

Als Polizisten wissen wir, was es heißt, wenn die Gesellschaft ganze Stadtteile aufgibt. Wir wissen, was es bedeutet, wenn reihenweise Jugendeinrichtungen geschlossen und die Zuschüsse für Sportvereine zusammengestrichen werden. Und wenn wachsende Teile der Bevölkerung nur noch eine

Arbeit bekommen, von der sie nicht leben können. Armut und Perspektivlosigkeit münden nicht automatisch in Kriminalität, aber sie begünstigen das Entstehen von Parallelgesellschaften. Sie führen zu gesellschaftlichen Konflikten, die mit polizeilichen Mitteln nicht zu lösen sind.

Deshalb sind die Stärkung der inneren Sicherheit und die Stärkung der Sozial- und Bildungspolitik keine Gegensätze. Beides gehört zusammen – gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel. Deshalb ist die Diskussion über die Frage, wie viel Staat wir uns leisten wollen, und wie wir ihn solidarisch finanzieren können, mehr als überfällig. Nicht erst nach dem 9. Mai, sondern jetzt.

Frank Richter



NUR gemeinsam geht's!



Gewerkschaft der Polizei



Nur gemeinsam geht's! – unter diesem Motto wirbt ein neues Plakatmotiv der GdP für die Idee, dass sich die einzelnen Bereiche der Polizei nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Fortsetzung von Seite 1

stellt werden sollen. Die derzeitige Landesregierung hat zwar die Zahl der Neueinstellungen vor zwei Jahren von 500 auf 1100 erhöht, aber das reicht nicht aus, um die in den kommenden Jahren rasch ansteigende Zahl der altersbedingt ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen zu ersetzen. Um zumindest den jetzigen Personalstand bei der Polizei zu halten, wären nach dem Altersstrukturbericht des Innenministers in den kommenden Jahren 1500 Neueinstellungen notwendig, ab 2015 sogar noch mehr. Hinzu kommt, dass wegen des wachsenden Anteils von Frauen bei der Polizei die Ausfallzeiten wegen Kindererziehung stark nach oben gehen werden. Auch das ist in der bisherigen Personalplanung des Innenministeriums nicht berücksichtigt.

Zudem hat auch die Höhe der Bezahlung der Polizeibeamten eine unmittelbare Auswirkung auf die Höhe der Personalkosten. Nicht von Ungefähr hat deshalb die CDU Ende vergangenen Jahres die Idee einer Billigpolizei in die politische Diskussion gebracht. Offiziell spricht die CDU nur von einer Wachpolizei und argumentiert damit, dass bei der Bewachung von jüdischen Einrichtungen und des Landtags keine voll ausgebildeten Polizisten benötigt würden. Aber das ist nicht nur inhaltlich falsch, sondern auch bewusst verschleiern. Denn für wenige hundert Polizisten würde niemand ein eigenes Beschäftigungssystem entwickeln, auch nicht die CDU. Ihr geht es um viel mehr: Um die flächendeckende Einführung einer Billigpolizei, der das Land Zug um Zug immer mehr Aufgaben übertragen kann.

Ob es zu den zu befürchtenden Einschnitten bei der Polizei kommt, ist allerdings noch nicht entschieden. Es hängt vor allem davon ab, wie die GdP in den kommenden Monaten aufgestellt ist, um die von der Politik geplanten Zumutungen abzuwehren. Und es hängt vom Ergebnis der Landtagswahl am 9. Mai ab. Denn sie ist auch eine Abstimmung über die Steuerpläne der scharz-gelben Koalition in Berlin.



Landesregierung setzt auf Heldenklau

Seit dem Inkrafttreten des PEM-Gesetzes herrschen im Tarifbereich verschärfte Spielregeln bei der Wiederbesetzung von freien Stellen. Nur Stellen, für die Bewerber mit Spezialwissen gesucht werden, dürfen – nach einer vorher einzuholenden Ausnahmegenehmigung durch das Innenministerium – überhaupt noch extern ausgeschrieben werden. 2010 soll das nach einer zwischen dem Innen- und dem Finanzministerium getroffenen Vereinbarung landesweit nur für 90 Stellen möglich sein. Das Verfahren zur Wiederbesetzung von normalen Stellen in den Verwaltungen, Direktionen und Kommissariaten wird damit immer mehr zu einem reinen Glücksspiel.

Zwar können 2010 erstmals freie Stellen auch ressortübergreifend ausgeschrieben werden, also in allen Landesbehörden, bei Gerichten und Finanzämtern, weil aber bei der Ausschreibung nur unbefristet beschäftigte Landesbedienstete berücksichtigt werden dürfen, ist das Verfahren nichts anderes als purer Heldenklau. Das Personalproblem wird dadurch nicht gelöst, es hat dann nur eine andere Behörde. Auch wenn sich die Betroffenheit der Einstellungsbehörde in diesem Fall in Grenzen halten dürfte. Denn schließlich hat die ab-

gebende Behörde ein Vetorecht, von dem sie hätte Gebrauch machen können.

Macht sie davon allerdings Gebrauch, wäre die aufnehmende Behörde der Verlierer. Denn in diesem Fall hätte sie sich den gesamten Verwaltungsaufwand für die Besetzung der freien Stelle sparen können. Von der Ausschreibung über das Auswahlverfahren bis zur Vorbereitung der angestrebten Versetzung war alles „für die Katz“. Man könnte das auch Ressourcenverschwendung nennen.

Ganz zu schweigen davon, wie sich die Situation für den Bewerber darstellt. Schließlich hat er sich gründlich auf das Auswahlverfahren vorbereitet und war zu Recht davon ausgegangen, dass er nach dem bestandenen Auswahlverfahren auch tatsächlich versetzt wird. Zu der maßlosen Enttäuschung kommt für ihn noch hinzu,

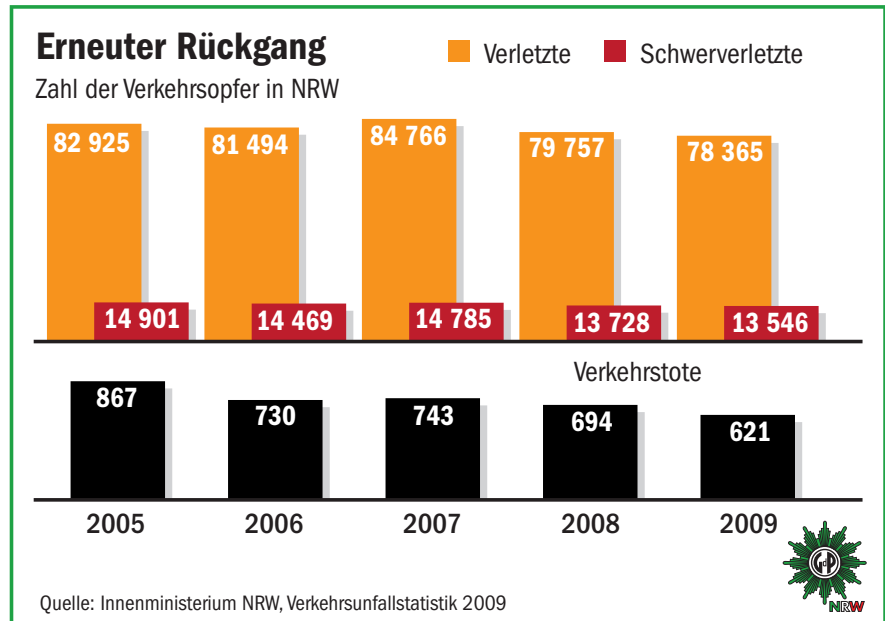
dass er beschädigt in seine alte Behörde zurückkommt und dort Gefahr läuft, sich den Ruf eines Nestbeschmutzers einzuhandeln.

Als einzige Ausnahme aus diesem Personaldilemma soll 2010 erneut die externe Einstellung von Schwerbehinderten möglich sein. Zudem sollen die Polizeibehörden weiter Aushilfsbeschäftigte einstellen können – soweit sie über das hierfür erforderliche Budget verfügen und alle anderen damit verbundenen Vorgaben einhalten können. Dieser Weg ist auch für die Azubis bei der Polizei die einzige Möglichkeit, nach dem Ende ihrer Ausbildung eine Anschlussbeschäftigung zu erhalten. Denn die Landesregierung ist der Forderung der GdP, den eigenen Auszubildenden zumindest eine befristete Anschlussbeschäftigung anzubieten, bislang nicht nachgekommen.

1,2 Prozent ab März

Seit der Einführung des TVöD, des Tarifvertrags für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen, auf der einen und des TV-L für die Beschäftigten der Länder auf der anderen Seite gibt es im öffentlichen Dienst getrennte Tarifverhandlungen – mit unterschiedlichen Abschlüssen und Laufzeiten. Während für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen jetzt eine Schlichtung über die Tarifierhöhung entscheiden muss, steht für die Beschäftigten der Länder bereits fest, dass ihre Vergütung am 1. März um 1,2 Prozent steigt. Darauf hatten sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Tarifgemeinschaft der Länder bereits im März vergangenen Jahres verständigt. Die Tarifierhöhung gilt nach einem Beschluss des nordrhein-westfälischen Landtags auch für die Beamten des Landes NRW. Ihre Vergütung steigt ebenfalls am 1. März um 1,2 Prozent.

Die neuen Tarif Tabellen im Überblick: www.gdp-nrw.de



Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Verkehrstopfer in Nordrhein-Westfalen erneut gesunken. Die Zahl der Verletzten ging um knapp zwei Prozent auf 78 365 zurück. Die Zahl der Verkehrstoten sank sogar um zehn Prozent auf 621. Bei der Vorstellung der Verkehrsunfallstatistik 2009 hat Innenminister Ingo Wolf (FDP) darauf hingewiesen, dass der Rückgang der Unfallopfer auch ein Erfolg der Polizei sei. Trotz des positiven Trends ist NRW aber noch weit von seinem Ziel entfernt, die Zahl der Verkehrstopfer bis 2015 innerhalb von zehn Jahren zu halbieren. Denn das wären erneut fast 200 Verkehrstote weniger. Ein Ziel, das nur mit erheblichen zusätzlichen Anstrengungen zu erreichen ist.

Um zumindest den bislang erreichten Erfolg im Straßenverkehr nicht zu gefährden, hat der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter die Landesregierung davor gewarnt, in den nächsten Jahren nur einen Teil der altersbedingt frei werdenden Stellen bei der Polizei durch Neueinstellungen zu ersetzen. „Wenn niemand mehr da ist, der die Autofahrer kontrollieren kann, wird die Zahl der Verkehrstopfer schnell wieder steigen“, sagte Richter. Sorge bereitet der GdP zudem die nach wie vor zu hohe Gesamtzahl der Verkehrsunfälle. 2009 gab es in NRW 560 000 Verkehrsunfälle. Das sind mehr als 1500 pro Tag.



Wenn Gewalt zum Alltag wird

Wer zur Polizei geht, weiß, dass er im Berufsalltag mit Gewalt und schwierigen Situationen konfrontiert wird. Gerade für Berufseinsteiger bei der Polizei ist das Ausmaß der Gewalt, das sie Tag für Tag erfahren, trotzdem nicht immer einfach zu verkraften. Die zunehmende Gewalt gegen Polizisten ist deshalb eines der Schwerpunktthemen der Jungen Gruppe der GdP.

„Die Berichte von jungen Kolleginnen und Kollegen über physische und verbale Gewalt im Berufsalltag werden immer zahlreicher“, hat Dennis Grindel, Landesvorsitzender der Jungen Gruppe der GdP, beobachtet. „Steigende Gewaltbereitschaft und mangelnde Akzeptanz von Polizeibeamten sind für viele längst Realität. Selbst scheinbar einfache Einsätze können sich jederzeit in handfeste Auseinandersetzungen verwandeln“, klagt Grindel. Auch mit einer professionellen Aus- und Fortbildung, wie sie in NRW Standard ist, lässt sich gegen die

zunehmende Gewaltbereitschaft allein nur wenig ausrichten. Nach Beobachtungen der Jungen Gruppe der GdP spielen neben der Ausbildung drei weitere Faktoren eine entscheidende Rolle für die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen: Erstens benötigt die Polizei mehr Personal, um angemessen mit Konfliktsituationen und gefährlichen Einsätzen umgehen zu können. Zweitens müssen sowohl die Mitglieder der Einsatzhundertschaften als auch die Kolleginnen und Kollegen des Wach- und Wechseldienstes mit entsprechender Schutzausrüstung aus-

gestattet werden. Und drittens ist die Einführung und konsequente Anwendung einer Mindeststrafe bei einem tätlichen Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten überfällig.

„Wer für die persönliche Sicherheit der Bürger einsteht, hat ein Recht, dass sich der Staat im Notfall schützend vor ihn stellt“, fordern die Mitglieder der Jungen Gruppe. „Gewalttätige Übergriffe auf unsere Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht länger als Bagatelldelikte abgetan werden.“ Eine Forderung, die sie mit den Kolleginnen und Kollegen, die schon länger im Dienst sind, teilen. Die Junge Gruppe will die zunehmende „Gewalt gegen Polizei“ stärker thematisieren, damit sie sich nicht zu einem Tabuthema entwickelt. Sie will dabei deutlich machen, dass die steigende Gewaltbereitschaft kein Phänomen ist, das nur bei Demonstrationen und Fußballspielen eine Rolle spielt. Eher im Gegenteil: Rund 60 Prozent aller Widerstandshandlungen finden im normalen Wach- und Wechseldienst statt. Bei alltäglichen Einsätzen wie der Schlichtung von Streitigkeiten, bei Ruhestörung oder Verkehrsbehinderungen steigt seit Jahren die Zahl der Übergriffe auf die Polizei. Das Strafmaß, das im geltenden Recht für Widerstandshandlungen vorgesehen ist, reicht bis zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren oder zu einer Geldstrafe. In der Praxis findet dieses Strafmaß jedoch kaum Anwendung, weil Widerstandshandlungen von den Gerichten oft nur als Bagatelldelikte geahndet werden. Mangelnder Respekt und aggressive Reaktionen auf polizeiliche Weisungen sind die Folge. „Es macht wenig Sinn, Höchststrafen zu fordern, die anschließend nicht ausgeschöpft werden. Statt dessen ist die konsequente Umsetzung einer Mindeststrafe ein realistischer Weg, um unseren Kolleginnen und Kollegen den notwendigen Schutz zu bieten“, sagt Grindel.

Eine Möglichkeit, das Thema vor Ort in den Behörden aufzugreifen, sieht die Junge Gruppe in der bundesweiten Kampagne „Paragraf 115 – Keine Gewalt gegen Polizisten“ der GdP. Sie will die Forderung als Aufhänger nutzen, um über die zunehmende Gewaltbereitschaft zu sprechen und Betroffenen besser und schneller zu helfen. „Es darf bei Polizistinnen und Polizisten nicht der Eindruck entstehen, dass es sich bei den gewalttätigen Angriffen um ein Einzelphänomen handelt, mit denen jeder selbst klar kommen muss“, meint Grindel. Die Junge Gruppe will das Thema „Gewalt gegen Polizei“ vorantreiben und durch eigene Aktionen positiv begleiten.

Viele sind in ihrer Aggressivität blind für unsere Worte



Annika Ester, PI Essen Nord/Wache Borbeck

„Während meiner dreijährigen Dienstzeit in der Einsatzhundertschaft habe ich selbst Gewalt erfahren. Bei der Aufstiegsfeier von Fortuna Düsseldorf im letzten Jahr habe ich mit meinen Kollegen Szenen erlebt, die den Bildern vom 1. Mai in Berlin in nichts nachstehen. Wir wurden mit Gläsern, Glasflaschen und brennender Pyrotechnik beworfen. Die Flaschen und Steine, die an unseren Helmen abprallten, ließen sich nicht mehr zählen. Selbst Tische und Stühle wurden zu Wurfgeschossen. Dass niemand aus unseren Reihen schwer verletzt wurde, ist zum Teil nur unserer Schutzausrüstung zu verdanken.

Sowohl die Form, als auch die Bereit-

schaft zur Gewalt gegen die Polizei hat sich verändert. Immer häufiger werden Waffen oder gefährliche Gegenstände eingesetzt. Wo früher bei einer Kneipenschlägerei noch die Fäuste flogen, werden heute die Messer gezogen. Das macht für uns das Einschreiten wesentlich gefährlicher und komplizierter. Auch Solidarisierungsprozesse fördern die Bereitschaft zur Gewalt. Gerade jungen Leuten fehlt heute der Respekt vor der Polizei. Viele von ihnen haben die Erfahrung gemacht, von der Justiz mit Samthandschuhen angefasst zu werden. Warum also Angst vor den meist viel zu milden Sanktionen haben, wenn man einen Polizeibeamten angreift?

Ich glaube es stellt eine immer größere Herausforderung dar, unser polizeiliches Gegenüber kommunikativ zu erreichen. Viele sind in ihrer Wut und Aggressivität blind für unsere Worte. Im polizeilichen Alltag erlebe ich immer wieder, wie sich zunächst banale Einsätze durch die vorhandene Gewaltbereitschaft des Gegenübers zu handfesten Auseinandersetzungen entwickeln. Da wir die Gewalt nicht von heute auf morgen eindämmen können, müssen wir wenigstens unser Verletzungsrisiko minimieren. Das heißt für mich, dass ich jeden Einsatz konzentriert und wachsam wahrnehme, meine Schutzweste trage und an regelmäßigen Fortbildungen teilnehme.



Oft braucht es nur einen kleinen Funken

„Im Streifendienst ist es keine Seltenheit, dass wir mit physischer oder verbaler Gewalt in Berührung kommen. Erst vor wenigen Wochen haben wir versucht, einen Streit zwischen zwei Gruppen junger Leute zu schlichten. Trotz der Anwesenheit der Polizei schlug plötzlich eine der beteiligten Personen eine andere mit der Faust nieder. Während wir den Aggressor festhielten, kam es wie aus dem Nichts zu einem Solidarisierungseffekt von mehreren Personen, die sich uns entgegenstellten. Eine Erfahrung, die ich schon oft gemacht habe. Es fehlt häufig nur an einem kleinen Funken, bis die Situation eskaliert. Die Fälle werden zahlreicher, in denen strikte Anordnungen von Polizeibeamten missachtet werden oder sogar gegensätzlich gehandelt wird. Es ist auch kein Einzelfall, dass wir von einem Beschuldigten offen darauf hingewiesen werden, dass sämtliche Verfahren gegen ihn in der Vergangenheit eingestellt wurden und bei einer erneuten Anzeige, sowieso nichts herkommt.“

Gerade junge Polizeibeamte möchten nicht um jeden Preis die eigene oder die familiäre Zukunft aufs Spiel setzen. Sobald jedoch Polizeibeamte den Konfliktsituationen aus dem Weg gehen, beginnen sich rechtsfreie Räume zu entwickeln. Um dem entgegenzuwirken, braucht die Polizei mehr Personal. Es liegt eine ganz andere Situation vor, wenn ein Streifenwagen mit zwei Beamten eine gefährliche Einsatzsituation aufsucht, als wenn zwei Fahrzeuge mit vier Streifenbeamten auftauchen.“



Torsten Seiler, PP Dortmund

Wir sind die GdP



Drei Jahre nach dem Start hat Ende Januar die erste Staffel der Gewerkschaftsakademie des GdP-Landesbezirks ihr Ziel erreicht. „Etwas Wehmut war schon dabei, als wir von Frank Richter unsere Urkunde bekommen haben. Immerhin hat uns die lange Zeit zusammengeschweißt“, sagt Jutta Jakobs, Chemisch-technische Assistentin im LKA und heute dessen Personalratsvorsitzende. „Aber es war ein schöner Abschluss. Auch dass sich an diesem Tag der Polizeiinspekteur des Landes fast zwei Stunden Zeit für uns genommen hat, ist nicht selbstverständlich.“ Dreizehn der zunächst 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Staffel haben bis zum Ende durchgehalten. In sechs Seminareinheiten haben sie alles gelernt, was sie für die Übernahme von ehrenamtlichen Funktionen in der GdP brauchen. Vom Basiswissen in gewerkschaftspolitischen Kernthemen bis zur Stärkung der persönlichen Kompetenz. „Die Mischung hat gestimmt“, meint auch Olaf Schneider-Rothe, der als Polizeibeamter in der Wache Kamen arbeitet. „Sie hat uns Mut gemacht, in der GdP Funktionen zu übernehmen.“ Die Rhetorikschulung gehört für ihn mit dazu. „Das hilft, um den Kollegen gegenüber sprachfähig zu sein. Und ich profitiere auch beruflich davon.“

Sabine Mußler meint, dass sich alle während der Zeit an der Gewerkschaftsakademie enorm entwickelt haben. „Für mich war das der Start in die Gewerkschaftsarbeit. Ich habe direkt gemerkt, dass das Konzept etwas für mich ist.“ Zu den Pluspunkten zählt sie auch, dass sich die Teilnehmer der Staffel in den Seminaren immer wieder in der gleichen Zusammensetzung getroffen haben. „Das senkt die Hemmschwelle. Macht es einfacher, sich selbst weiterzuentwickeln.“ In der Kreispolizeibehörde Olpe ist Sabine Mußler, die hauptberuflich als Sachbearbeiterin im Verkehrskommissariat arbeitet, inzwischen stellvertretende Personalratsvorsitzende. In ihrer Kreisgruppe ist sie Schriftführerin und Seniorenbeauftragte. Die jüngste in ganz NRW.

Anfang April startet die vierte Staffel der Gewerkschaftsakademie. Noch sind einige wenige Plätze für GdP-Mitglieder frei, die sich schon immer stärker engagieren wollten, aber bislang nicht wussten, wie sie sich darauf vorbereiten können.

GdP aktiv

12. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Euskirchen, 19.00 Uhr, Kurhaus Gemünd, Urftseestraße, Euskirchen

16. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Bottrop/Gladbeck, 16.00 Uhr, Sozialraum der Polizeiwache Bottrop, Gladbecker Str. 44, Bottrop

17. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, Kantine Kreishaus Schwelm, Hauptstraße 92 (Anmeldung: 0 23 36/91 66-15 01)

23. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16.00 Uhr, Gaststätte Haus

Lennestein, Werdohler Str. 15, 58762 Altena (Anmeldung: Tel. 0 23 71/91 99 88 01)

25. 3., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Lippe, 13.30 Uhr, IPA-Heim, Zum Schulberg 16, Detmold

25. 3., Jahreshauptversammlung der Kreisgr. Paderborn, 16.00 Uhr, Restaurant Gerold, Dr.-Rörig-Damm 170, Paderborn

25. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Wuppertal, 16.15 Uhr, Kantine Polizeipräsidium Wuppertal, Friedrich-Engels-Allee 228, Wuppertal (Anmeldungen bis 17. 3. 2010: Angelika Holl, Tel. 02 02/6 98 15 40)



Arbeitstagung mit Dozenten

Eine gut ausgebildete Polizei ist nur dann zu realisieren, wenn die Rahmenbedingungen für die Ausbildung stimmen. Bei der rasanten Einführung des Bachelor-Abschlusses in NRW wurde zwar die Tür für eine weitere Aufwertung des Polizeiberufs aufgestoßen, aber die konsequente Anpassung der Rahmenbedingungen der Polizeiausbildung an den neuen Studienabschluss steht noch aus. So lautet das Fazit einer eintägigen Konferenz, zu der der GdP-Landesbezirk Ende Januar die Dozenten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW nach Sprockhövel eingeladen hat.

Handlungsbedarf sehen die Dozenten und die GdP auch bei der Zahl der festen Stellen im Fachbereich Polizei. In diesem Punkt hinkt der Fachbereich Polizei noch immer den anderen Fachbereichen hinterher. Zudem bestehen große Schwierigkeiten bei der Gewinnung geeigneter Nebenamtler und Dozenten auf Zeit. Es fehlen Anreizsysteme, um qualifizierte, engagierte Kolleginnen und Kollegen für eine Lehrtätigkeit an der Fachhochschule zu gewinnen. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeitstagung waren die aktuellen pädagogischen und curricularen Probleme des neuen Bachelor-Studiengangs. Die These eines der Teilnehmer, man sollte die Steine einsammeln, die im Bereich Ausbildung im Weg liegen, um zu schauen, was man daraus bauen kann, fand auf der Tagung großen Anklang. Dem Arbeitstreffen sollen weitere gemeinsame Gespräche von Dozenten und GdP folgen.

Neuwahlen beim PP Düsseldorf

Weil das Oberverwaltungsgericht Münster am 21. Dezember vergangenen Jahres einer Wahlanfechtungsklage wegen Formfehlern bei der Durchführung der Personalratswahl in Düsseldorf stattgegeben hat, hat der dortige Personalrat seine Selbstauflösung beschlossen.

In der Zeit vom 22. bis 26. März sind jetzt die rund 3000 Beschäftigten des Polizeipräsidiums Düsseldorf aufgerufen, einen neuen Personalrat zu wählen. Die GdP ist für die Neuwahl gut aufgestellt und wird engagiert für ein gutes Wahlergebnis kämpfen. Ganz unter dem Motto: „Jetzt erst recht!“

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2. 3. Ursula Bothe, Lemgo
- 4. 3. Marie-Luise Gehrke, Hagen
- 6. 3. Maria Olga Pfeiffer, Essen
- 12. 3. Ingeborg Heinemann, Nieheim
- 16. 3. Rudolf Bergmann, Köln
Marian Jankowiak, Gelsenkirchen
- 17. 3. Josefine Matthias, Gerolstein
- 18. 3. Trude Hakelberg, Köln
Emilie Lotz, Wuppertal
- 20. 3. Marga Bethge, Essen
- 21. 3. Renate Bentlage, Wetter
- 24. 3. Else Burdeska, Gelsenkirchen
- 27. 3. Ilse Poppe, Gelsenkirchen
Karl Theiner, Solingen
- 29. 3. Anneliese Eggers, Bad Lippspringe

91. Geburtstag

- 18. 3. Anselm Schnabel, Gengenbach
- 25. 3. Klara Jürgens, Hagen

93. Geburtstag

- 4. 3. Juliane Murtfeldt, Wuppertal
- 5. 3. Emma Klusmann, Hattingen
- 15. 3. Gerda Brückner, Wuppertal
- 17. 3. Paula Schmiegel, Paderborn
- 19. 3. Elisabeth Bosbach, Monheim
- 28. 3. Else Growe, Essen

94. Geburtstag

- 2. 3. Heinrich Classen, Neuss
- 5. 3. Paul Possart, Bonn
- 12. 3. Erwin Snater, Dülmen
- 25. 3. Maria Staudt, Dortmund

95. Geburtstag

- 3. 3. Maria Tekath, Goch
- 15. 3. Helene Gehrke, Baesweiler
- 22. 3. Heinrich Blennemann, Eslohe

96. Geburtstag

- 12. 3. Maria Esser, Mönchengladbach
- 19. 3. Gertrud Mehrgott, Söhlde
- 20. 3. Hermann Winnands, Leverkusen
- 30. 3. Maria Nehling, Bocholt

97. Geburtstag

- 2. 3. Helmut Luetge, Hamm
- 13. 3. Gerhard Kosak, Rheinberg
- 26. 3. Sigismund Cyplik, Bönen

98. Geburtstag

- 18. 3. Erna Kaiser, Bochum

99. Geburtstag

- 1. 3. Anna Hattwig, Hamm

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe ist der 8. März.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



GdP INTERN



Fast 70 Prozent aller Polizeibeamten und Tarifbeschäftigten bei der Polizei sind in NRW Mitglied der GdP. Bei den Berufseinsteigern liegt der Organisationsgrad sogar noch höher, bei 85 Prozent. Der hohe Organisationsgrad ist die Voraussetzung dafür, dass die GdP ihre Forderungen nach guten Arbeitsbedingungen, fairen Aufstiegsperspektiven und einer angemessenen Bezahlung für alle Beschäftigten bei der Polizei durchsetzen kann. Sie ist der Garant dafür, dass die GdP nicht nur in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, sondern dass auch die Politik ihre Forderungen ernst nimmt. Um den hohen Organisationsgrad wird die GdP von vielen Gewerkschaften beneidet. Aber die Zeiten, in denen sich die Beschäftigten quasi von selbst in einer Gewerkschaft organisieren, sind auch bei der Polizei vorbei. Die Gewinnung neuer und das Halten der einmal gewonnenen Mitglieder über das gesamte Berufsleben sind ein langer, arbeitsreicher Prozess. Wie dieser Prozess intensiviert werden kann, haben Ende Januar fast 70 ehrenamtliche Funktionsträger aus den Kreisgruppen, die Mitglieder des Geschäftsführenden Landebezirksvorstands und die politischen Sekretäre der Geschäftsstelle in einem zweitägigen Workshop in Sprockhövel diskutiert. Damit der Workshop zu neuen Erkenntnissen führt, war er in einer neuen Arbeitsform organisiert: Statt Diskussionen über Berichte und Referate von Vorstandsmitgliedern stand die Praxiserfahrung der Workshop-Teilnehmer im Mittelpunkt. In einer Open-Space-Konferenz haben die Teilnehmer zunächst eigene Ideen und Ansätze zusammengetragen. Anschließend wurden diese in parallel tagenden Arbeitsgruppen weiter konkretisiert. Moderiert wurde der Workshop von Gabriele von Camen vom Büro für bessere Kommunikation. Mehr als zwei Dutzend Arbeitsaufträge standen am Ende des zweitägigen Workshops fest. Von der Optimierung des Vertrauensleutekonzepts der GdP bis zum Relaunch des Internetauftritts. Andere Arbeitsgruppen hatten Vorschläge erarbeitet, wie die Zweifel unter den Gewerkschaftsmitgliedern gezielt angesprochen werden können und welche Events heute für GdP-Mitglieder noch zeitgemäß sind. Anfang Juli werden die Workshop-Teilnehmer in einem Follow-up eine erste Zwischenbilanz ziehen, was aus den Arbeitsaufträgen und Projektideen geworden ist. Bis dahin will jeder Workshop-Teilnehmer versuchen, mindestens ein Mitglied, dass aus der GdP ausgetreten ist, durch ein persönliches Gespräch wieder zurückzugewinnen. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe waren die ersten 21 schon erreicht. Sieben wurden zurückgeholt, 14 aus dem Bestand gewonnen.



Anzeige



Mehr Beratung ist mehr wert!

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Finanzielle Freiheit:
Mit einem Kredit, der zu Ihnen passt.

Beamtendarlehen - der günstige Kredit für Beamte, Akademiker und Angestellte im öffentlichen Dienst:

- Günstiger Zinssatz - über die gesamte Laufzeit garantiert
- Geringe monatliche Belastung
- Lange Laufzeiten (12 - 20 Jahre)
- Sondertilgung und Kompletrückzahlung jederzeit möglich
- Ideal für Umschuldung
- Absicherung der Familie im Todesfall

Sie erreichen den Dr. Klein Kundenservice unter
Telefon 0800 / 66 49 364 kostenlos



Kleist, Hollywood und die Scorpions

Die Zeiten, in denen in Recklinghausen Kohle gefördert wurde, gehören längst der Vergangenheit an. Doch das im Winter 1946 von Hamburger Schauspielern gegebene Versprechen, als Dank für die in einer Extralösung zu Tage geförderte Kohle im Sommer nach Recklinghausen zurückzukommen, um für die Bergleute Theater zu spielen, wirkt bis heute nach. Mehr als



sechzig Jahre nach ihrer Entstehung bieten die Ruhrfestspiele Recklinghausen auch 2010 wieder einen ganz eigenen Kulturmix, wie er in keinem anderen Theaterfestival sonst zu sehen ist. Hochkarätige Inszenierungen führender deutscher Theaterbühnen gehören ebenso zum Programm wie der Auftritt von Hollywood-Stars. Die Uraufführungen neuer Stücke ebenso wie Produktionen der freien Theaterszene. Und auch in diesem Jahr gibt es wieder ein ambitioniertes Kabarettprogramm und das schon fast legendäre Abschlusskonzert. In diesem Jahr mit den Scorpions.

Einen Schwerpunkt setzen die Ruhrfestspiele im aktuellen Festivalprogramm auf Heinrich von Kleist. Fast das gesamte

Lebenswerk des 1811 mit 34 Jahren gestorbenen Dichters der Romantik ist in Recklinghausen zu sehen, vom Käthchen von Heilbronn bis zum Prinz Friedrich von Homburg. Auf der Bühne stehen in diesem Jahr in Recklinghausen unter anderem Dominique Horwitz, Ulrich Matthes, Hanna Schygulla, Heinz Bennet, Otto Sander und Hollywood-Star John Malkovich. Im Kabarettprogramm zeigt Wilfried Schmickler, Dauergast in der WDR-Sendung Mitternachtsspitzen, sein neues Soloprogramm (Foto).

Träger der am 1. Mai beginnenden Ruhrfestspiele sind die Stadt Recklinghausen und der DGB. Für GdP-Mitglieder gibt es ermäßigte Eintrittskarten. Infos: www.ruhrfestspiele.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe BZ Brühl

Ergänzung zum Seniorenkalender 2010: Seniorentreffen jeden ersten Donnerstag im Monat (Ausnahme Juni: 10. 6.), Treffpunkt: 18.00 Uhr, März: Zum Dorfbrunnen, Bornheim-Waldorf; April, Mai und Juni: Restaurant Birkhof, Brühl; Juli, August und September: Hotel Rheinterrassen, Widdig; Oktober und November: Restaurant Birkhof, Brühl

Kreisgruppe Gelsenkirchen

8. März, Seniorenseminar, Treffpunkt:

14.00 Uhr, Kantine des Polizeipräsidiums, Rathausplatz 4, (Anmeldung: 02 09/3 65-30 03)

Kreisgruppe Köln

18. März, Ralf Düssel, Dozent der Berufsfeuerwehr Köln, berät über Brandschutz, Treffpunkt 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Köln

Kreisgruppe Wuppertal

9. März, Vortrag „Organspende auch im Alter“, 14.30 Uhr, Polizeiwache Langerfeld (Hintereingang), Schwelmer Str. 15

Werbeaktion 2010

Glücksnummern des Monats

45 17376
Udo Dombrowski, IAF Selm
45 18326
Eiko Teichmann, Hagen
45 18110
Benjamin Rieder, Aachen
45 18260
Davina Flocke, Köln

Die Gewinner erhalten ein Teelichter-Set.

NACHRUF

Barwing, Ingeborg	4. 6. 1927	Duisburg	Molling, Käthe	13. 9. 1924	Essen/Mülheim
Bürger, Anna	10. 7. 1919	Bottrop/Gladbeck	Munder, Ruth	9. 6. 1924	Düsseldorf
Deutscher, Kornelia	5. 4. 1953	Bielefeld	Nickel, Katharina	3. 10. 1910	Erftkreis
Diehl, Emma	25. 11. 1926	Recklinghausen	Noll, Alfons	31. 5. 1922	Bochum
Fritzsche, Hildegard	19. 2. 1917	Dortmund	Nolting, Hans Werner	9. 11. 1949	Märkischer Kreis
Giesenkirchen, Theodor	21. 3. 1920	Autobahnpolizei	Pauli, Gerda	24. 7. 1921	Wuppertal
		Düsseldorf	Plöger, Thomas	1. 9. 1970	Minden-Lübbecke
Gillessen, Adolf	11. 3. 1940	Erftkreis	Pomp, Reinhold	8. 2. 1924	Aachen
Graupeter, Helga	27. 5. 1936	Bonn	Potthoff, Annalise	27. 3. 1934	Hamm
Havers, Andreas	10. 2. 1962	Dortmund	Richter, Friedrich	23. 7. 1911	Dortmund
Jöris, Harald	21. 7. 1963	Aachen	Röll, Walter	14. 4. 1921	Münster
Kerschgens, Wilhelmine	6. 4. 1921	Mönchengladbach	Rottstaedt, Walter	3. 5. 1933	Soest
Kirchhofer, Albert	1. 12. 1919	Mönchengladbach	Sander, Detlef	9. 6. 1957	Kleve
Klemptner, Hans-Joachim	21. 10. 1942	Hagen	Schmidt, Reinhold	2. 5. 1926	Dortmund
Knollmann, Kurt	12. 2. 1920	Ennepe-Ruhr	Schramm, Horst	27. 4. 1950	Aachen
Lehmann, Willi	6. 9. 1910	Düren	Schwarzenthal, Josef	20. 8. 1922	LZPD NRW
Lömm, Erwin	20. 4. 1924	Aachen	Smarzlik, Margarete	26. 12. 1914	Essen/Mülheim
Matthies, Wilfried	19. 10. 1935	Gelsenkirchen	Terhardt, Kai	5. 10. 1960	Duisburg
Meier, Hildegard	24. 1. 1920	Märkischer Kreis	Toonen, Erika	1. 5. 1925	Gelsenkirchen
Michalski, Frank	27. 9. 1958	Recklinghausen	Volmary, Gertrud	12. 4. 1922	Bochum

